

5932/AB XX.GP

Auf die schriftliche parlamentarische Anfrage der Abgeordneten Dr. Alexander Van der Bellen und Genossen vom 12. Mai 1999, Nr. 6249/J, betreffend Maßnahmen und Vorbereitungen zum Jahr - 2000 - Problem, beehre ich mich folgendes mitzuteilen;

Zu 1.:

Im Bundesministerium für Finanzen wurde die Umstellung für das Y2K bereits 1996 mit einer fundierten Analyse der vorhandenen EDV - Systeme, - Anwendungen und - Datenbestände begonnen, um Klarheit über die für die Y2K - Umstellung notwendigen Kapazitäten und Ressourcen zu schaffen. Für die betroffenen Organisationseinheiten wurde als Endtermin für die Y2K - Umstellung der 31.12.1998 vorgegeben. Dieser Termin wurde festgelegt, um einerseits ausreichend Zeit zum Testen der geänderten Software und andererseits genügend Reserven zur Korrektur eventuell auftretender Fehler zu haben.

Mit der Gesamtorganisation der Y2K - Umstellung wurde ein sogenannter Y2K - Beauftragter befaßt. Unter dessen Federführung wurde Ende 1997 eine neuerliche Statuserhebung der Y2K-Umstellungsarbeiten zu den IT -Verfahren des Finanzressorts durchgeführt. Diese Erhebung ergab, daß noch ein Umstellungsaufwand von ca. 150 Personenmonaten notwendig war, ehe Ende 1998 die umfangreichen Tests der umgestellten IT - Verfahren im Ausweich - rechenzentrum begonnen werden konnten.

Im Zeitraum von Ende Mai bis Ende Juli 1998 erfolgte in Zusammenarbeit mit dem Y2K - Koordinator der BRZ GmbH die Inventarisierung und Beurteilung der im Finanzressort eingesetzten Standardsoftware, der Hardware und der Netzwerkkomponenten. Basierend auf dieser Erhebung wurde die weitere Umstellungsstrategie mit dem Ziel festgelegt, bis

Mitte 1999 die Y2K - Fähigkeit auch für diese Komponenten zu erreichen. Es fanden deshalb bereits drei umfangreiche Y2K - Tests im Ausweichrechenzentrum (ZAS) statt. Aufgrund der Erfahrungen aus den ersten drei Y2K - Tests im Ausweichrechenzentrum wurde folgende weitere Vorgangsweise festgelegt:

Juni 1999: 4. Y2K - Test im Ausweichrechenzentrum  
November 1999: bei Bedarf 5. Y2K - Test im Ausweichrechenzentrum.

Um von den Testterminen im Ausweichrechenzentrum weitestgehend unabhängig zu sein, aber auch um Reisekosten zu sparen, wurde im Bundesrechenzentrum eine Y2K - Testumgebung eingerichtet, die es den betroffenen Organisationseinheiten erlaubt, jederzeit auch Y2K - Tests im BRZ durchzuführen.

#### Zu 2.:

Als Deadline für den Abschluß der Y2K - Umstellungsarbeiten wurde der 31. August 1999 festgelegt. Zu diesem Zeitpunkt sollen alle von der Y2K - Umstellung betroffenen IT - Komponenten und IT - Anwendungen getestet und die Anpassung (Rollout) der dezentralen IT - Infrastruktur (Netzwerk, Server, PC) angelaufen sein.

#### Zu 3.:

Da seit 1996 projektbezogen an der Y2K - Umstellung gearbeitet wird, existieren entsprechende Leistungsaufzeichnungen aus denen der folgende Aufwand abgeleitet werden kann:

Umstellungsaufwand:	ca. 300 Personenmonate
Umstellungskosten:	ca. 70 Mio. ATS

Die Kosten werden aus dem Regelbudget bedeckt.

#### Zu 4.:

Alle alten IT - Verfahren, die über das Y2K hinaus genutzt werden und mit 2 - stelligem Datumsformat arbeiteten, wurden umgestellt und im Ausweichrechenzentrum bereits mehrfach getestet (z.B. Haushaltsverrechnung, Bundesbesoldung). Die notwendigen Umstellungen wurden nach den im Hause etablierten Standards für System - und Programmänderungen durchgeführt.

Sämtliche Hardware (außer APC) und Standardsoftwareprodukte, für die von den Herstellern die Y2K - Tauglichkeit nicht bestätigt wird, wurden bzw. werden im Zuge der routinemäßig notwendigen Produkterneuerungen abgelöst. Bei APC selbst gibt es kein grundsätzliches Y2K - Problem, da die Systemzeit vom Netzwerkserver gelesen wird.

Grundsätzlich wurden alle denkbaren Probleme bezüglich Y2K analysiert und bewertet sowie notwendige Tests durchgeführt. Dennoch bleibt das mit dem Betrieb von Hardware und Software verbundene Fehlerrestrisiko, weil durch Tests nie die vollständige Fehlerfreiheit bewiesen werden kann.

Das Bundesministerium für Finanzen/Zentralstelle hat folgende technische Einrichtungen hinsichtlich ihrer „Jahr - 2000 - Tauglichkeit“ überprüfen bzw. von den Lieferfirmen bestätigen lassen:

- Sicherheitsanlagen wie Brandmeldeanlage und Zugangskontrolle
- Kommunikationsanlagen wie Fernsprechanlage und Telefaxgeräte
- Infrastruktureinrichtungen wie Personen- und Lastenaufzüge, Steuerungseinrichtungen für Fernwärme und Notstromaggregat.

Die Überprüfungen sind abgeschlossen. Mit Ausnahme der Steuerungseinrichtungen für Fernwärme, deren Umbauarbeiten in der heizungsfreien Zeit durchgeführt werden, sind alle technischen Einrichtungen Jahr - 2000 - tauglich.

Im Zuge der Überprüfung der angeführten technischen Einrichtungen sind keine Probleme aufgetreten.

Zu 5. bis 8. und 10.:

Diese Frage ist aus IT - Sicht nicht relevant. Sofern die Hausinfrastruktur des BRZ betroffen ist, wurde die Y2K - Fähigkeit analog der IT - Infrastruktur überprüft. Die nachgeordneten Dienststellen wurden angewiesen, die notwendigen Überprüfungen zu veranlassen und quartalsweise über den Arbeitsfortschritt zu berichten.

Mit GZ. 600.215/86 - V/A/3/98, Betreff „Millenium - Bug; Haustechnik; Regelung; Versagen; 1. Jänner 2000“ teilt das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten mit, daß wegen der Ungewißheit, in welchem Umfang mit Folgen des Millenium - Bug zu rechnen sein wird und wegen der Notwendigkeit, kurzfristig Mängel zu beheben, die Problembewältigung bei Anlagen gänzlich den BGV - Baudienststellen überantwortet wird.

Was den der Aufsicht des Bundesministeriums für Finanzen unterliegenden Bereich der kreditwirtschaft und der Versicherungen betrifft, kann ich folgendes mitteilen:

Das Bundesministerium für Finanzen und die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) be - fassen sich bereits seit dem Jahr 1997 intensiv mit der Jahr - 2000 - Problematik, wobei ins - besondere auf folgende Maßnahmen hinzuweisen ist:

- Aufforderung an die Bankprüfer vom Oktober 1997, bei der Erstellung der bankauf - sichtlichen Prüfberichte detailliert über die Adaptierungsarbeiten der Kreditinstitute zur Bewältigung der EDV - Umstellung auf das Jahr 2000 zu berichten, wobei in diese Be - richtspflicht auch die Rechenzentren der mehrstufigen Sektoren der Kreditwirtschaft ein - gebunden sind.
- Empfehlung des Bundesministeriums für Finanzen und der OeNB an das Bankwesen (im Zusammenhang mit einem Fragebogen des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht) vom Juni 1998, in der auf verschiedene Punkte wie z.B. Notwendigkeit von Analysen und Dokumentationen bezüglich allenfalls notwendiger Modifikationen der EDV - Systeme, In - formationspflicht gegenüber dem Aufsichtsrat und der Abschlußprüfer, Bestimmung von Personen, die für den Adaptierungsprozeß verantwortlich sind etc. hingewiesen wurde, die bei den notwendigen Vorbereitungsarbeiten in bezug auf das Jahr - 2000 - Problem zu berücksichtigen sind.
- Im Jänner 1999 erfolgte ein gemeinsames follow - up Schreiben des Bundesministeriums für Finanzen und der OeNB an das Bankwesen, in dem darauf hingewiesen wurde, daß von den Kreditinstituten auch zu verfolgen ist, ob bei Großkreditkunden oder wichtigen Geschäftspartnern aufgrund der Jahr - 2000 - Problematik deren finanzielle Verpflichtungen gefährdet erscheinen.

Darüber hinaus wurde nochmals auf die Relevanz der Jahr - 2000 - Problematik für die konventionelle Organisation (z.B. Tresorschließungsmechanismen) hingewiesen.

- Im Jänner 1999 wurden die Bankprüfer vom Bundesministeriums für Finanzen ange - wiesen, im Rahmen der Jahresabschlußprüfung bei den Kreditinstituten den Um - setzungsstand eigens zu evaluieren. Besonderer Bedacht sollte dabei darauf genommen werden, das bankgeschäftliche Risiko aus der eventuell unzureichenden Umstellung bei den Großkreditkunden und wichtigen Geschäftspartnern ausreichend zu begrenzen.

- Im Februar 1999 wurde vom Bundesministerium für Finanzen dem Bankwesen via Wirtschaftskammer Österreich ein vom Basler Ausschuß für Bankenaufsicht erstelltes Grundsatzzpapier zum Thema Notfallsplanung zur Kenntnis gebracht, das unter anderem von Risikofaktoren wie beispielsweise temporäre Unterbrechung des bankgeschäftlichen Betriebes, Vertrauensverlust der Anleger, Wertminderung von Bankaktivitäten, ausgeht. Als Ergebnis dieser Maßnahmen kann daher folgendes festgehalten werden:
- Bei den Kreditinstituten entsprechen die vom Bundesministerium für Finanzen und der OeNB getroffenen Maßnahmen (wie eine Expertenkommission feststellte) den internationalen Standards.  
Aus den Rückmeldungen der Bankprüfer konnte bereits aus den bankaufsichtlichen Prüfungsberichten für 1997 geschlossen werden, daß bei den Kreditinstituten ein entsprechendes Problembewußtsein und eine sorgfältige Vorbereitung vorliegt.
- Außerdem ist darauf hinzuweisen, daß bei der Datenleitung für den direkten Kontakt zwischen der OeNB und dem Bundesrechenzentrum die notwendigen Änderungen veranlaßt wurden

Oesterreichischen Kontrollbank AG:

Die Oesterreichischen Kontrollbank AG (OeKB - AG) ist bereits seit 1997 bemüht, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um einen informationstechnisch reibungslosen Übergang in das Jahr 2000 sicher zu stellen.

Die für die Betreuung der Haftungen der Republik Österreich von der OeKB - AG im Ausführungsbereich eingesetzte EDV wurde bereits erfolgreich auf ihre Jahr - 2000 - Fähigkeit getestet und hat sich mit höchster Wahrscheinlichkeit als Jahr - 2000 - konform erwiesen.

Bundes Wertpapieraufsicht:

Die Bundes Wertpapieraufsicht wurde im Juni 1998 aufgefordert, dem Bundesministerium für Finanzen zu berichten, welche notwendigen Veranlassungen sie in ihrem Zuständigkeitsbereich sowohl betreffend ihres internen EDV - Systems als auch betreffend der externen Datenübermittlung seitens der meldepflichtigen Institute getroffen hat.

Die Überprüfung der Softwaresysteme ist derzeit im Laufen und soll Ende Juli abgeschlossen werden, wobei derzeit bei einem System noch eine Umstellung auf die sechsstellige Datumsangabe erfolgt.

Wiener Börse AG:

Bei der Wiener Börse AG wurde durch Übermittlung eines Fragebogens ein entsprechendes Problembewußtsein der Geschäftsleiter sichergestellt.

Ab 5. November 1999 soll ein neues System eingesetzt werden, für das von der Deutschen Börse AG eine Erklärung bezüglich der Jahr - 2000 - Fähigkeit vorliegt.

Versicherungswesen:

Die Versicherungsaufsicht war auf internationalem Gebiet bereits seit dem Jahr 1998 mit der Jahr - 2000 - Problematik befaßt und hat ab diesem Jahr auch in Gesprächen mit dem Verband der Versicherungsunternehmen Österreichs, Vertretern einiger großer Versicherungsunternehmen und Wirtschaftsprüfern auf die Jahr - 2000 - Problematik hingewiesen.

Im Rahmen dieser Gespräche fand auch ein Meinungsaustausch mit der Münchner Rückversicherung (international führend und weltweit eine der größten Rückversicherungsge - sellschaften) statt, der zu sehr wertvollen schriftlichen und mündlichen Informationen führte. Von der Versicherungsaufsicht wurde ein (mit Vertretern des Verbandes der Versicherungsunternehmen Österreichs diskutierter) Fragenkatalog zur Jahr - 2000 - Problematik erstellt, der an die Versicherungsunternehmen, an den Verband der Versicherungsunternehmen Österreichs und an alle Abschlußprüfer von Versicherungsunternehmen versendet, von allen Versicherungsunternehmen (Stand Juli 1998) beantwortet und von den Prüfern der Versicherungsaufsicht im Rahmen der Jahresabschlußprüfungen 1997 in der Zeit von August bis Dezember 1998 vor Ort behandelt wurde. Die Beurteilung der im Jahr 1998 vorliegenden Situation führte zu folgendem Bild:

- Die Mehrzahl der Versicherungsunternehmen hat die Jahr-2000-Problematik erkannt.
- Im EDV - unternehmensinternen Bereich haben rund 90 % der Versicherungsunternehmen Projektgruppen mit eigenen Mitarbeitern eingerichtet und einen Aktionsplan erstellt. Sie liegen mit den Umstellungsarbeiten im Zeitplan, wobei auch die Dokumentation der Maßnahmen gegeben ist. Bei fast allen Versicherungsunternehmen sind allerdings noch weitere Maßnahmen erforderlich, weil mehr als die Hälfte der Versicherungsunternehmen einen Ersatz bzw. eine Aufrüstung ihrer Software benötigen. In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, daß über 50 % der Versicherungsunternehmen bereits die Testphase eingeleitet haben und somit der Schluß naheliegt, daß die Umstellungsprobleme recht - zeitig gelöst werden können.

- Bezüglich der Geschäftsbeziehungen haben zwischen 55 % und 67 % der Versicherungsunternehmen Überprüfungen in den entsprechenden EDV - Schnittstellenbereichen vorgenommen.
- Beim Jahr - 2000 - Risiko aus Versicherungsverträgen wurde von rund 70 % der Versicherungsunternehmen eine Risikoanalyse vorgenommen. Obwohl 61 % der Versicherungsunternehmen Verträge abgeschlossen haben, aus denen eine Inanspruchnahme aus dem Jahrtausendwende - Risiko resultieren könnte, meinen 81 %, daß nicht mit signifikanten Verschlechterungen des Schadensverlaufes zu rechnen sein wird.

Der Kontakt zu Rückversicherungspartnern wird von 75 % der Versicherungsunternehmen wahrgenommen, wobei finanziell negative Auswirkungen aus Rückversicherungsverträgen von 78 % der Versicherungsunternehmen nicht erwartet werden. Verträge mit ausdrücklichem Jahrtausendwende-Risiko werden nicht abgeschlossen.

- Bei den Jahr 2000 - Kapitalanlagen - Risiken zeigt sich, obwohl kleinere und mittlere Versicherungsunternehmen nicht in allen Anlagekategorien veranlagen, daß sich etwas mehr als die Hälfte der Versicherungsunternehmen mit den möglichen negativen finanziellen Auswirkungen auseinandergesetzt haben und die gewünschte Sensibilisierung auch in diesem Risikobereich vorhanden ist.

Derzeit ist ein zweiter Fragenkatalog vor der Fertigstellung, dessen Beantwortung über den Stand der Umstellungsarbeiten, vor allem aber auch über Notfallpläne, Auskunft geben wird.

Bei dem von der Versicherungsaufsicht entwickelten Informationssystem, das als Grundlage der Finanzaufsicht über Versicherungsunternehmen dient und über die Bundesrechenzentrum GmbH abgewickelt wird, wurde bereits den Erfordernissen der Jahrtausend - problematik entsprochen.

Die übrigen über EDV abgewickelten Anwendungen der Versicherungsaufsicht werden von der IT - Sektion bzw. von der Bundesrechenzentrum GmbH umgestellt und für das Jahr 2000 angepaßt, wobei keine Hinweise auf nicht behebbare Mängel vorliegen.

Pensionskassen:

Vom Bundesministerium für Finanzen wurden die Pensionskassen über den Fachverband der Pensionskassen bereits im September 1998 auf das Jahr - 2000 - Problem hingewiesen und zur rechtzeitigen Lösung aller damit verbundenen Probleme aufgefordert. Gleichzeitig wurden die Abschlußprüfer ersucht, im Zuge der Prüfungsarbeiten betreffend den Jahres - abschluß für das Geschäftsjahr 1998 besonderes Augenmerk auf die Adaptierungsarbeiten der Pensionskassen zur Bewältigung dieses Problems zu richten und gemäß § 33 Abs. 3 Pensionskassengesetz (PKG) dem Bundesministerium für Finanzen unverzüglich über all - fällige Mängel zu berichten.

Nach den vorliegenden Informationen von einer der Gesellschaften, die Abschlußprüfungen vornimmt, wurde für die Prüfungshandlungen zur Jahr - 2000 - Problematik ein eigener Frage - bogen ausgearbeitet, wobei überprüft wird, ob sich die Pensionskassen mit dieser Proble - matik beschäftigt, welche Handlungen gesetzt wurden, ob ein Zeitplan erstellt wurde und ob dieser eingehalten wird. Soweit dies zum jetzigen Zeitpunkt bereits festgehalten werden kann, verlaufen die Umstellungsarbeiten plangemäß. In diesem Zusammenhang ist auch darauf hinzuweisen, daß nur eine beschränkte Anzahl von Verwaltungsprogrammen für Pensionskassen am Markt ist und daher die Probleme in den Pensionskassen ähnlich sind.

Beim Bundesministerium für Finanzen sind bis jetzt noch keine Mängel berichte nach § 33 Abs. 3 PKG eingelangt.

Auch aus vorliegenden Aufsichtsratsprotokollen kann geschlossen werden, daß sich die Pensionskassen mit dem Jahr - 2000 - Problem beschäftigen und den Aufsichtsräten über die entsprechenden organisatorischen Maßnahmen berichten.

Zusammenfassend ist daher folgendes festzuhalten:

- Kreditinstitute, Versicherungen und Pensionskassen wurden eingehend auf die Jahr - 2000 - Problematik hingewiesen und zur Setzung der notwendigen Maßnahmen auf - gefordert. Es wurden auch die Bank -/Abschlußprüfer in die Kontrolle der Maßnahmen eingebunden und auf ihre Berichtspflicht hingewiesen. Bei Kreditinstituten sind ent - sprechende Vermerke im bankaufsichtlichen Prüfungsbericht anzubringen. Bei Ver - sicherungsunternehmen wurde eine umfangreiche Befragung durchgeführt. Eine zweite Befragung soll demnächst erfolgen.
- Auch in den Bereichen Oesterreichische Kontrollbank AG, Wiener Börse und Bundes - wertpapieraufsicht wurden entsprechende Maßnahmen gesetzt bzw. liegen Berichte über den Stand der Umsetzungen vor.



Zu 9.:

Nach detaillierter Analyse der Situation im eigenen Zuständigkeitsbereich werden prinzipiell keine krisenhaften Auswirkungen erwartet. Auf das "Zentrale Krisenmanagement (ZKRIMA)" wird verwiesen. Ein Risikomanagement - Programm wurde dennoch Ende 1998 festgelegt. Es umfaßt im wesentlichen die folgenden Punkte:

- a) Umfangreiche Y2K - Tests im Ausweichrechenzentrum (5 x 2 Wochen durchgehend zwischen Dezember 1998 und November 1999).
- b) Umfangreiche Y2K - Tests im Bundesrechenzentrum (2 Monate durchgehend im Frühjahr 1999).
- c) Dokumentation über die eingeholten Y2K - Bestätigungen von Geschäfts - und Kooperationspartnern.
- d) Erhöhte Bereitschaft und teilweise Urlaubssperre bei dem für den IT - Betrieb verantwortlichen Personal von 31.12.1999 bis 5.1.2000.
- e) Keine Verarbeitungsläufe am Großrechner über den Jahreswechsel 1999/2000 hinweg.
- f) Die vorhandenen Strukturen und Prozesse zur Störungsbehebung (Help Desk, 2nd "Level Support, HW - Wartungsvertrag usw.) können genutzt werden.

Sollte es zu Problemen im Bereich der IT - Infrastruktur kommen, können vorhandene Strukturen und Prozesse genutzt werden. Durch verschiedene Maßnahmen wie zum Beispiel Verfügbarkeit des HelpDesks, Service - Level - Vereinbarungen mit Wartungsfirmen (HW & SW), Applikationsbetreuung, Netzwerkbetreuung, usw. ist schon bisher sichergestellt, daß im Falle einer Störung von Teilen der Infrastruktur innerhalb kürzester Zeit die Behebung dieser Störung gewährleistet ist.